

**Redebeitrag von Arndt Müller,
Naturschutzreferent des BUND Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
auf der Protestveranstaltung der Bürgerinitiative „Zukunft der Lubminer Heide“ gegen das
geplante Steinkohlekraftwerk Lubmin am 07.04.2007 in Lubmin**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Lubminer, liebe Gäste, denen die Region Usedom am Herzen liegt,

mein Name ist Arndt Müller. Ich bin Naturschutzreferent des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (kurz BUND) hier in Mecklenburg-Vorpommern und ich möchte Sie herzlich im Namen des BUND grüßen und Ihnen versichern, dass wir hier gemeinsam mit Ihnen stehen, um ein Steinkohlekraftwerk Lubmin zu verhindern.

Wer die Pläne der großen Energieversorger Deutschlands (insgesamt sind es nur 5 europaweit agierende Großkonzerne) der letzten zwei Jahre verfolgte, konnte sich nur verwundert die Augen reiben. Da wird uns täglich vor Augen geführt, welch gewaltige Auswirkungen unser endlose Energiehunger auf das weltweite Klima besitzt, wie sich Vegetationszonen im erdgeschichtlichen Vergleich rasend schnell verschieben, wie Wasserreservoirs in riesigem Ausmaß einfach verdunsten, während andere Menschen von ungeheuren Wassermassen Jahr für Jahr verschlungen werden und in Deutschland planen Vattenfall, RWE und Co. rund 30 neue Kohlekraftwerke, jene Form der Energieerzeugung, mit dem größten CO₂-Ausstoß. Wieso ist so etwas möglich, fragen sich all jene Menschen im Land, die die alljährlichen Wetterkapriolen unterlegt mit wissenschaftlichen Beobachtungen und inzwischen auch weltweiten Erkenntnissen nun eindeutig als menschengemacht erkennen und ihr Verhalten bereits ändern – noch konsequenter als bisher die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, noch intensiver auf Energieeffizienz im eigenen Haushalt achten. Wieso werden die leider schon seit Jahren sichtbaren Folgen des Klimawandels und die Anstrengungen, seine katastrophalen Folgen zu mildern, derart missachtet? Warum kommt überhaupt das dänische Staatsunternehmen „DONG Energy“, einer der größten Energieversorger Nordeuropas auf den Gedanken, in Lubmin ein Kraftwerk zu errichten? Die Antwort liegt begründet in großzügigen Geschenken der deutschen Regierung, die sie in Form von Emissionsrechten an die Industrie insbesondere an die Stromerzeuger verteilt. Mit der Einführung der Emissionsrechte 2003 sollten

die Unternehmen zu einer mittelfristigen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes angeregt werden. Jede Tonne CO₂, für die ein Unternehmen keine Rechte besitzt, sollte es durch Hinzukauf von Emissionsrechten bezahlen. Es dürfte demnach für ein Unternehmen betriebswirtschaftlich sinnvoll sein, weniger Geld für teure Emissionsrechte auszugeben und CO₂ zu sparen.

Dieser Mechanismus wird jedoch durch die Bundesregierung selbst ausgehebelt, indem sie an die besonders CO₂ intensiven Stromerzeuger großzügig Emissionsrechte kostenlos verteilt – so viele, dass die Stromerzeuger diese sogar noch verkaufen können und neben ihrer hohen CO₂ Produktion weiteren ökonomischen Gewinn mit einem Instrument machen, das eigentlich zur CO₂ Reduzierung gedacht war. Der BUND-Energieexperte Thorben Becker berechnete, dass die Stromkonzerne durch den geplanten Neubau von bis zu 45 neuen Kohlekraftwerken und den ihnen zugedachten Emissionsrechten einen Gewinn von bis zu 4 Milliarden Euro einfahren können. Dieser kurze Einblick in die Hintergründe zeigt, dass es mit dem Steinkohlekraftwerk Lubmin um sehr viel Geld geht, jedoch am wenigsten um Arbeitsplätze, um Strom für das Land und um Klimaschutz.

Deutschland befindet sich mitten in der Energiewende. Es ist richtig, dass der größte Teil der Kohlekraftwerke, die immer noch die Grundlast des Stroms im Land erzeugen, veraltet ist und es ist auch richtig, dass neue Kraftwerke einen höheren Wirkungsgrad besitzen. Doch verglichen mit einem Wirkungsgrad von 58% bei Gas- und Dampfkraftwerken (wie ebenfalls eines in Lubmin entstehen soll) sind neue Steinkohlekraftwerke mit nur 45% Wirkungsgrad wahre Energiedinosaurier. Im Vergleich der fossilen Energieträger sprechen zahlreiche Argumente eindeutig für Gaskraftwerke: mehr als die Hälfte geringerer CO₂-Ausstoß, bessere Steuerbarkeit bei Energieschwankungen, geringer dimensionierte Anlagen und insgesamt weniger Immissionen.

Greenpeace zeigte jüngst mit einer Studie, dass es auch ganz anders geht. Als Alternative zu einem neuen 2000 Megawatt Kohlekraftwerk könnte ein dezentraler Kraftwerkspark mit mehreren Energiequellen entstehen. Dieser hätte im Idealfall eine großartige CO₂- Minderung von 93% gegenüber einem (Braun)kohlekraftwerk zur Folge und zudem mit 2000 Mitarbeitern deutlich bessere Effekte für den Arbeitsmarkt als ein Kohlekraftwerk mit nur 200 Mitarbeitern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine tägliche Arbeit befasst sich zum großen Teil mit der Bewertung von Eingriffen in die Landschaften Mecklenburg-Vorpommerns aus der Sicht des Natur- und Umweltschutzes. Und da ist das Steinkohlekraftwerk Lubmin leider nur eines von vielen vielen Vorhaben, die täglich unser nationales Naturerbe gefährden. Aber es ist ein ganz gewaltiges Vorhaben, mit unkalkulierbaren Folgen für zahlreiche Naturschätze unseres Landes. Und jene Schätze sind es unter anderem auch, die Jahr für Jahr tausende Besucher in die Region führen. Ich denke mit Sorge an das „Naturschutzgebiet Peenemünder Haken, Struck und Ruden“, ich denke an den Greifswalder Bodden, den Peeneunterlauf und ich denke an das System NATURA 2000, zu dem diese Gebiete gehören. Die Landesregierung wird in den nächsten Jahren viele Millionen Euro für den Erhalt und die Pflege der NATURA 2000- Gebiete von der EU erhalten. Sind diese Mittel verantwortungsvoll eingesetzt, wenn diese Naturschätze gleichzeitig einer dauerhaften Glocke von Schwefeldioxid, radioaktiven Stäuben und Schwermetallen ausgesetzt werden? Herr Dr. Backhaus, das ist Ihr Ressort, dieses

Geld verwalten Sie, wenn Sie hier schweigen und sich nicht wehren, machen Sie sich wie Ihre Amtskollegen Seidel, Ebnet und Ringstorff nicht nur mitschuldig an den Klimafolgen für unser Land, sondern riskieren auch eine Rückforderung der EU-Mittel aus Brüssel.

Liebe Kraftwerksgegnerinnen und-gegner,
das Amt Usedom Nord mit seinen knapp 9000 Einwohnern verzeichnete 2006 sage und schreibe 1,4 Millionen Übernachtungen. Wegen der Bedeutung des Tourismus entstanden in den letzten Jahren in den Gemeinden 5 Eigenbetriebe, die 2007 ein Gesamthaushaltsvolumen von über 10 Mio Euro aufweisen. In der Beliebtheitsskala der touristischen Zielgebiete nimmt die zweitgrößte und sonnenreichste Insel Usedom einen Spitzenplatz ein: 40 km durchgehender Sandstrand, Bäderarchitektur und ein abwechslungsreiches Hinterland. Nirgendwo sonst an der deutschen Küste findet es beispielsweise Altbundespräsident Richard von Weizsäcker „schöner als hier“.*

Die Wertschöpfung des Tourismus gilt es gegen ein Steinkohlekraftwerk zu verteidigen. Der Trend zum Urlaub im eigenen Land hält bei den Deutschen ungebrochen an. Die Entwicklung des Naturparks Stettiner Haff, neben dem Naturpark Usedom der Zweite der Region wird diesen Trend noch verstärken. Es ist doch so klar wie die Sonne, die zum großen Teil des Jahres über Ostvorpommern scheint: rauchschwaden am Horizont werden den Ruf der Region als Urlaubsgebiet auf lange Zeit ruinieren.

Mit der Realisierung des Kohlekraftwerkes hätte zudem der politisch verantwortete Widersinn bei der offenbar konzeptionslosen Vergabe von Fördermitteln einen weiteren traurigen Höhepunkt erreicht. Da sind auf der einen Seite die Beihilfen für die Landwirte auch in Ostvorpommern zu Recht an weitere Auflagen wie Gewässer- und Grundwasserschutz, den Vogelschutz und an den Erhalt von Landschaftselementen gebunden, da werden Mittel der Europäischen Gemeinschaft für touristische Projekte, wie die Entwicklung der „Vorpommerschen Dorfstrasse“ und über die Kommunalgemeinschaft „Pomerania“ in viele andere Projekte investiert, da können durch Förderung Messeauftritte für die Region, z.B. auf der „Grünen Woche“, realisiert werden und da soll auf der anderen Seite ein Steinkohlekraftwerk entstehen, das dies alles durch ein schlechtes Image und erwiesenermaßen negativen Folgen für die Gesundheit der Menschen und der Natur in Frage stellt. Spätestens an diesem Punkt müssen sich jene Menschen der Region, die für ihre Existenzgründungen und die dafür oftmals notwendige Förderung wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit nachweisen müssen, hochgradig verschaukelt vorkommen.

Erst heute morgen fuhr ich vorbei am Steinkohlekraftwerk Rostock. Es leuchtete weit sichtbar in der Sonne. Die DONG Energy möchte laut ihrer Pressemitteilung für das künftige Werk in Lubmin im „Designprozess intensiv an einer optimalen Gestaltung und einer naturnahen Farbgebung von Gebäuden und Anlagen arbeiten.“ Meine Damen und Herren, wir sind uns einig: Rauchfahnen lassen sich nicht anstreichen – genauso wenig, wie die jährlich ausgepusteten 900 Kilogramm Quecksilber, die Bestandteil der Nahrungsketten des Greifswalder Boddens werden könnten.

Liebe Kraftwerksgegnerinnen- und -gegner,
der BUND, das wissen Sie, hat Erfahrung im Widerstand gegen ökologisch und wirtschaftlich unsinnige Projekte. Wir sind an vielen Baustellen aktiv und haben zahlreiche Erfolge zu verzeichnen, wenn es darum geht Müllverbrennungsanlagen, Alleinabholzungen, Schweinemastanlagen und großräumige Landschaftszerstörung zu stoppen und damit bessere Entwicklungen zu ermöglichen. Eines haben wir gelernt: für den Widerstand gegen ein solch großes Projekt, braucht es ein parteien- und verbändeübergreifendes Aktionsbündnis, braucht es Solidarität in der Region. Der Kern des Widerstandes, die Bürgerinitiative „Zukunft der Lubminer Heide“, der ich ganz herzlich für die Organisation des heutigen Tages danke, braucht unsere Hilfe und das ohne Egoismen, sondern mit Expertenwissen, mit Sachverstand. Dies beginnt mit der Schaffung eines einheitlichen Bildes nach außen, z.B. einer Unterschriftenliste, die gleichzeitig gut informiert, die Möglichkeit eröffnet, Spenden einzuwerben, alle am Widerstand beteiligten Parteien, Verbände und Vereinigungen nennt. Das geht weiter mit einer gemeinsamen Resolution aller am Widerstand beteiligten Institutionen, die eindrucksvoll symbolisiert: hier geht es nicht um Partei- oder Verbandsinteressen einiger Weniger, sondern um die ernsthafte Gefährdung der Zukunft einer Region. Dann braucht es Ansprechpartnerinnen und -partner für jeden Teilbereich des Projektes – für Energiefragen, für ökologische Fragen, für Fragen des Arbeitsmarktes. Nur durch ein geschlossenes, günstigerweise abgestimmtes Vorgehen, lassen sich die Argumente der Investoren und der Landesregierung entkräften. In diesem Sinne bietet der BUND Landesverband Mecklenburg-Vorpommern seine Mitwirkung an. Im Herbst erwarten wir die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung. Diese aus der Sicht des Natur- und Umweltschutzes zu bewerten, ist ein wesentlicher Teil unserer Arbeit.

Dem heutigen Tag wünsche ich noch einen guten Verlauf, Ihnen ein schönes Osterfest und uns allen viel Erfolg bei der Verhinderung eines Steinkohlekraftwerkes Lubmin.